

Energiekosten: Jede zweite Firma im Osten sieht sich von Insolvenz bedroht

Die hohen Energiekosten machen der regionalen Wirtschaft schwer zu schaffen. Viele fürchten sogar das Aus infolge der Preisspirale bei Strom, Öl und Gas. Das hat eine Befragung unter 145 ostdeutschen Unternehmen ergeben, die der LVZ exklusiv vorliegt.

15.09.2022, 18:27 Uhr

Leipzig. Steigende Energiekosten lassen die ostdeutsche Wirtschaft in einen Abgrund blicken. Laut einer Umfrage rechnet jede zweite Firma im Osten damit, dass ihr Geschäftsmodell bei weiter steigenden Energiepreisen gefährdet ist. 33 Prozent glauben dagegen eher nicht, dass sie von Insolvenz bedroht sind.

Das hat eine Umfrage im Auftrag der ostdeutschen Unternehmerverbände ergeben. Befragt wurden von der Agentur Neulandquartier des Kompetenzzentrums Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge (KOWID) an der Uni Leipzig insgesamt 145 Unternehmen verschiedener Branchen, darunter Baubetriebe, Gaststätten, das verarbeitende Gewerbe, Freiberufler sowie Dienstleistungs- und Handelsunternehmen.

„Viele stehen erneut mit dem Rücken zur Wand“

Die Umfrage zeige deutlich, in welcher kritischen Lage sich viele Firmen in Sachsen und den anderen ostdeutschen Ländern befinden, sagt Dietrich Enk, Präsident des Unternehmerverbandes Sachsen. „Viele haben Corona überlebt und stehen jetzt erneut mit dem Rücken zur Wand.“ Bei einer vier- bis fünffachen Erhöhung der Energiepreise müssten die Unternehmen ihre Preise erhöhen, so Enk. „Aber das ist unmöglich.“

Demnach sind 89 Prozent der befragten Unternehmer unzufrieden mit den Auswirkungen der Energiewende. Die damit verbundenen steigenden Energie- und Produktionskosten führen aus Sicht von 71 Prozent zu einer sinkenden Versorgungssicherheit, die wiederum Geschäftsfelder sowie Lieferketten

beeinträchtigt. Nur 25 Prozent sehen in der Krise auch eine Chance für neue innovative Geschäftsfelder.

Zwei Drittel plädieren für längere AKW-Laufzeiten

Vor diesem Hintergrund gibt es klare Forderungen an die Politik: So plädieren 75 Prozent für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke (AKW). 58 Prozent wollen, dass Kohlekraftwerke länger am Netz bleiben. „Die Unternehmerverbände haben sich seit längerem für eine Einhaltung der vereinbarten Laufzeiten bis 2038 stark gemacht“, sagt Enk.

Etwa die Hälfte der Befragten spricht sich für eine höhere Eigenerzeugung von Strom im Unternehmen aus. Ebenfalls jeder zweite erachtet den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien und eine größere Diversität in der Energiebeschaffung für notwendig. 73 Prozent der Firmen haben Energieeffizienzmaßnahmen in der Produktion oder in Gebäuden umgesetzt. Die Politik müsse den Ernst der Lage endlich begreifen, so Enk, der selbst Unternehmer ist und in Leipzig Gaststätten wie das „Pilot“ (Gottschedstraße) und den Gourmet-Tempel „Max Enk“ (Neumarkt) betreibt. „Die Zeit des Redens ist lange vorbei.“

Von Andreas Dunte und André Böhmer